Teil 4: Wie es 2010 zu einer **erneuten** Bauvoranfrage für die Pferdeweiden neben der alten Tennishalle kam, obwohl die gleiche Anfrage vier Jahre vorher bereits eindeutig abgelehnt worden war, warum das wohl kein Zufall war - und welche Rolle die Verwaltung wahrscheinlich dabei spielte

Liebe Besucherinnen und Besucher unserer Seite,

vom chronologischen Ablauf der Ereignisse her waren wir in einigen der letzten Beiträge bereits ein wenig vorausgeeilt, damit Sie die „innere Logik“ der Entwicklung nachvollziehen konnten.

Aber wir müssen das eine oder andere Ereignis nachtragen, weil es auch noch sehr erwähnenswert und für das Verständnis des Gesamtablaufs wichtig ist. Wenn man schon einige der danach folgenden Stationen kennt, versteht man auch die vorherigen Ereignisse besser – plötzlich fügt sich nämlich Stückchen für Stückchen des Mosaiks in das große Puzzle ein.

Beispielsweise haben wir bereits verschiedentlich angesprochen, dass es – auf den ersten Blick sehr überraschend, auf den zweiten aber ebenfalls in der Logik der Geschehnisse – im Sommer 2010 zu einer **erneuten** Bauvoranfrage von Frau Strüßmann, geb. Kopp, wegen der möglichen Bebauung ihrer Pferdeweide kam - einer Bauvoranfrage, die, abgesehen von wenigen Kleinigkeiten, **identisch war mit der aus dem Jahr 2006**, und die war ja bekanntlich mit Pauken und Trompeten abgeschmettert worden …

Die dortigen Verhältnisse hatten sich seitdem nicht geändert, schon gar nicht positiv im Sinne der Antragstellerin. Im Gegenteil: Der demografische Wandel hatte sich verschärft und die Tendenzen und behördlichen Vorgaben, keine Neubauflächen in Außenbereichen mehr zu schaffen, hatten sich verstärkt. **Eigentlich** hatte die erneute Bauvoranfrage also (auch diesmal) keine Chance.

Dennoch wurde sie gestellt.

Was veranlasst jemanden, **eine im Jahre 2006 eindeutig abgelehnte Bauvoranfrage vier Jahre später in der gleichen Form noch einmal zu stellen**?

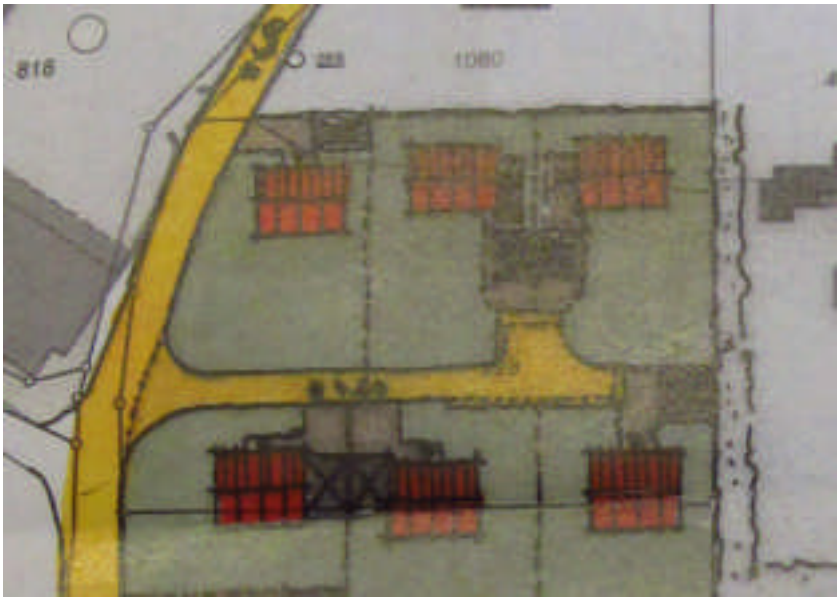
Und wie kommt es, dass bei der Stadt exakt im gleichen Zeitraum ganz plötzlich auch eine Bauvoranfrage der Besitzerin der **angrenzenden** Pferdeweide eingeht, obwohl die Besitzerin in Schleswig-Holstein wohnt und eigentlich nichts ahnt von einer bereits 2006 gestellten Bauvoranfrage von Frau Strüßmann und den gesamten „Bauland-Aktivitäten“?

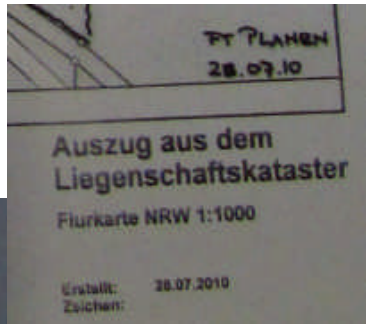
Und wie kommt es, dass die Bauvoranfrage aus Schleswig-Holstein, wie wir noch zeigen werden, eine frappierende Ähnlichkeit hat mit der Bauvoranfrage von Frau Strüßmann?

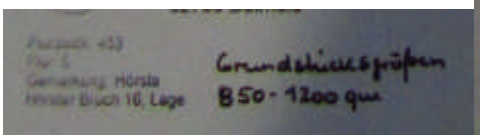
Und wie kommt es, dass die Bauvoranfrage aus Schleswig-Holstein zwar „ganz zufällig“ im **gleichen Zeitraum** wie die von Frau Strüßmann, aber immerhin doch erst am **23. August 2010** geschrieben wurde (siehe die Kopie dieses Schreibens weiter unten!), während **vier Wochen vorher, nämlich am 28. Juli 2010, in dem von der Verwaltung erstellten Plan über die möglichen Grundstücksgrößen und die mögliche Verteilung der Häuser die zweite Pferdeweide, nämlich die der Besitzerin aus Schleswig–Holstein, bereits voll mit verplant war?**

Der unten abgedruckte Auszug aus der vom „FT Planen“ am **28.07.2010** gefertigten (schon bekannten) Vorlage für den Bau- und Planungsausschuss am 2.9.2010 macht das deutlich: Das graue Gebäude links neben der gelb eingezeichneten Straße ist die alte Scheune auf

dem „Weeke Hof“. Die auf dieser Höhe rechts neben der Straße eingezeichneten Häuser **mindestens der oberen Reihe** liegen auf der Pferdeweide der Besitzerin aus Schleswig-Holstein. Deren Gebiet ist also zu dieser Zeit bereits **voll mit verplant**, obwohl es noch gar keine „*Interessensbekundung*“ der Besitzerin gibt!




Alles Zufälle? Alles Geschehnisse, die völlig unabhängig voneinander stattfanden? Alles etwas unglücklich gelaufen?

Oder von Frau Strüßmann einfach ein „Schuss ins Blaue“, um es (noch) einmal zu probieren? Motto: Vielleicht denkt die Stadt ja nicht mehr an meine Bauvoranfrage von 2006 und an die Ablehnung, also versuche ich es einfach noch einmal? Und zur gleichen Zeit hat die Besitzerin der zweiten Weide in Schleswig-Holstein eine innere Eingebung, die die Verwaltung der Stadt Lage schon vorher geahnt hat?

Daran glauben Sie nicht, oder? Nicht in Lage? Wir auch nicht.

Aber was dann?

Die Palette an schlüssigen Erklärungen ist nicht sehr breit.

Eine naheliegende Erklärung ist, dass Frau Strüßmann (schon anlässlich ihrer ersten Bauvoranfrage im Jahr 2006 oder vielleicht auch später) einen Hinweis erhalten hat in der Art, grundsätzlich stehe man ihrer Bauvoranfrage natürlich positiv gegenüber. Man müsse aber wegen der leider nicht vermeidbaren ersten Ablehnung erst noch ein wenig planen (z. B. die Hörste-Konferenz …) und umgestalten, so lange möge sie sich gedulden. Aber wenn gewisse Vorbereitungen gelaufen seien, werde sie noch einmal Nachricht erhalten, und dann

möge sie ihre Bauvoranfrage noch einmal stellen, denn dann seien die Chancen besser. Und noch besser seien die Chancen natürlich, wenn man in einem Rutsch gleich das **gesamte** Gebiet zu einem Neubaugebiet machen könnte, eingeschlossen die zweite Pferdeweide und noch einiges mehr …

Und so wurde dann „vorbereitet“, damit beim zweiten Mal die Chancen tatsächlich besser seien. Und dann reichte Frau Strüßmann eben ihre Bauvoranfrage zum zweiten Mal ein.

Was waren das für neue Vorbereitungen, die die Chancen von Frau Strüßmann so verbessern sollten? Wer hat ihr, wenn es so war, diese Hinweise gegeben und die neuen Vorbereitungen geleistet? Wer hat mit ihr die neuen Chancen ausgelotet und die weitere Vorgehensweise besprochen?

Auch hier ist die Palette der Möglichkeiten sehr klein. Was **wir** glauben, können Sie sich sicher vorstellen: Die Hinweise **können** nur aus der Verwaltung gekommen sein. Und dafür gibt es auch Indizien und Belege.

Plötzlich nämlich (wenn auch offenbar lange vorbereitet) gab es auch neue Pläne von der Stadt für eine Bebauung an der alten Tennishalle. Wie gut passte es da zusammen, wenn auch **private Aktivitäten** für eine neue Bebauung dazu kämen und man damit argumentieren könnte! Über notwendige Genehmigungen wurden schon ganz frühzeitig Gespräche in der Bezirksregierung Detmold geführt, mehr oder weniger **sofort nach Eingang der (erneuten) Bauvoranfrage von Frau Strüßmann – wo hat man das schon einmal erlebt?** Der Kreis Lippe hatte ja bekanntlich schon einmal abgelehnt, daher sprach man lieber sofort die offenbar geneigtere Bezirksregierung in Detmold an. Schon im Bau- und Planungsausschuss am 2.9.2010 kann Herr Paulussen mitteilen:

- Die erforderliche landesplanerische Zustimmung seitens der Bezirksregierung Detmold ist in einem Vorgespräch bereits in Aussicht gestellt worden.

(Auszug aus dem Protokoll zur Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 2.9.2010)

Erst am 7.6.2010 war die (erneute) Bauvoranfrage bei der Stadt eingegangen, und dazwischen lagen die Sommerferien! Das nennen wir zügige Bearbeitung, bei der manch anderer Bauwilliger neidisch werden würde.

**Dafür, dass es mit Frau Strüßmann im Zusammenhang mit der erneuten Bauvoranfrage in der Verwaltung intensive Gespräche gegeben hat, gibt es Beweise, und die haben wir (und zeigen wir unten auch noch). Das würde bedeuten, dass hier <u>nichts Zufall war</u>, sondern dass <u>alles gemeinsam und möglichst sorgfältig vorbereitet worden ist</u>.**

Und am Ende gab es dann auch noch einen - nach Darstellung des Bürgermeisters für die Stadt sehr positiven - „Tauschhandel“, bei dem ein privater Investor aus Hörste, so die offizielle Darstellung, sein Wiesengrundstück „zur Verfügung stellen“ und fast Geld dazulegen würde, um Hörste zu helfen, während die Stadt ganz nebenbei ein tolles Geschäft machen würde. Auch dieser „Deal“ ist nicht in wenigen Wochen oder Monaten entstanden, sondern ziemlich sicher nach lange vorher getätigten Absprachen und Vorbereitungen.

So wurde der Boden früh vorbereitet für eine erneute Bauvoranfrage im Jahre 2010, die ohne das gesamte Procedere drumherum nie eine Chance gehabt hätte und wohl auch nie (wieder) gestellt worden wäre. Jetzt aber hatte sie nach Meinung der Verwaltung offenbar

nicht nur eine Chance, sondern war geradezu erwünscht – weil die Verwaltung sich jetzt „dranhängen“ konnte mit einem Neubauprojekt im Außenbereich („alte Tennishalle“), das politisch sonst nie durchsetzbar gewesen wäre. So konnte man – scheinbar schlüssig – argumentieren, die privaten Interessen fügten sich doch genau in die vorhandenen positiven städtischen Pläne ein, daher solle man sie fördern, selbst um den Preis eines Neubaugebietes im Außenbereich. Und das hat so manchen beeindruckt ...

Alles passt also ziemlich nahtlos in unser Erklärungsmuster.

**Daher** reden wir immer davon, dass hier vor allem **private Interessen** im Spiel waren (und sind!) und nicht die **wirklichen** Interessen von Hörste und der Stadt Lage, die mit einem neuen Baugebiet im Außenbereich in Hörste nie etwas zu tun hatten.

Und jetzt noch einmal der Reihe nach:

1) Wir hatten Ihnen schon verschiedentlich berichtet, dass es bereits im Jahre 2006 eine erste Bauvoranfrage für die Umwandlung einer zwei Jahre vorher als Pferdeweide erworbenen Wiese im Außenbereich von Hörste in Bauland gab.

Namen und Daten sind mittlerweile sowieso bekannt bzw. ganz einfach zu erschließen. U. a. durch die öffentliche Behandlung im Bau- und Planungsausschuss (siehe frühere Beiträge!) ist auch öffentlich bekannt, dass es sich bei der Bauvoranfrage aus dem Jahre 2010 um Frau Strüßmann handelt(e). Da es sich, wie Sie aus unseren früheren Beiträgen bereits wissen und für eine vollständige Information auch wissen **müssen**, hier um eine **erneute** Bauvoranfrage handelte, ist auch klar, dass es sich bei der ersten ebenfalls um Frau Strüßmann gehandelt haben muss.

Wir können also das in unserem ersten Beitrag noch an einigen Stellen geschwärzte Schreiben von 2006 jetzt noch einmal (fast) ohne Schwärzungen zeigen. Das ist im öffentlichen Interesse auch deswegen notwendig, um danach zeigen zu können, dass die erneute Bauvoranfrage von 2010 vom Textwortlaut her, aber auch äußerlich fast identisch ist mit der von 2006 (was ja für eine Beurteilung des Vorgangs nicht unwesentlich ist).

Hier also noch einmal in verkleinerter Form das erste Schreiben von Frau Strüßmann aus dem Jahre 2006:

Silvia Strüßmann, [redacted] 32758 Detmold Tel. [redacted]

Stadt Lage
Bauordnungsamt
z.Hd. Herrn [redacted]
Lange Straße 67

32791 Lage

STADT LAGE
Eing. 13. Juli 2006
Fb/Fl ..... Amt ..... 8e

Stadt Lage
-Poststelle-
Eing. 13. JUL 2006
Dez. Amt ..... Amt .....
Freiumsch. Frankiert ..... €

Detmold, 13.07.06

**Bauvoranfrage**

Sehr geehrter Herr [redacted]

Ich beabsichtige mein Grundstück in Hörste, Flur 5, Flurstück 999 (zur Zeit Nutzung als Pferdeweide) zu bebauen.

Geplant ist, dort mehrere Einfamilienhäuser in einreihiger Bebauung zu errichten. Das Grundstück soll in entsprechend große Einzelparzellen zerteilt werden.

Die nach Baurecht einzuhaltenden Grenzabstände werden selbstverständlich eingehalten.

Eine Flurkarte, in welcher die geplante Bebauung einskizziert ist, liegt diesem Antrag bei.

Die einzelnen Wohnhäuser sollen sich in Volumen und Ausrichtung der vorhandenen Bebauung auf der Straßenseite (Hausnummer 10, und Neubauten 10 a u. 10 b) anpassen.

Da sich das Grundstück zwischen der Reithalle und der Tennishalle befindet, würde die geplante Bebauung die vorhandene Bebauung optisch gut abschließen und vervollständigen.

Ich bitte um wohlwollende Prüfung und würde mich freuen bald von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Strüßmann

1 Anlage

FbL 5 z. Kt. 13/7.06
K. j. 10.7.06
Außenbereich!
– Abstand Reithalle
" Tennishalle
Betriebsrichtlinien

2) Zum Vergleich zeigen wir Ihnen das aus der öffentlichen Sitzung bereits bekannte Schreiben mit der erneuten Bauvoranfrage von der jetzt wieder in Lage-Hörste wohnenden Frau Strüßmann aus dem Jahr 2010:

*Silvia Strüßmann,* [redacted] *32791 Lage*
*Tel.* [redacted]

STADT LAGE
Bauaufsicht
Eing. 7.6.10

Stadt Lage
Bauordnungsamt
z. Hd. Herrn [redacted]
Lange Str. 67

32791 Lage

Lage, den 28.05.2010

**Bauvoranfrage**

Sehr geehrter Herr [redacted],

ich beabsichtige mein Grundstück in Hörste, Flur 5, Flurstück 999 (zur Zeit Nutzung als Pferdeweide) zu bebauen.
Geplant ist, dort mehrere Einfamilienhäuser in einreihiger Bebauung zu errichten.
Das Grundstück soll in entsprechend große Einzelparzellen zerteilt werden.

Die nach Baurecht einzuhaltenden Grenzabstände werden selbstverständlich eingehalten.
Eine Flurkarte, in welcher die geplante Bebauung einskizziert ist, liegt diesem Antrag bei.

Die einzelnen Wohnhäuser sollen sich in Volumen und Ausrichtung der vorhandenen Bebauung auf der Straßenseite (Hausnummer10, und Neubauten 10 a u. 10 b) anpassen.

Da sich das Grundstück zwischen der Reithalle und der Tennishalle befindet, würde die geplante Bebauung die vorhandene Bebauung optisch gut abschließen und vervollständigen.

Ich bitte um wohlwollende Prüfung und würde mich freuen, bald von Ihnen zu hören.
Für Ihre Bemühungen bedanke ich mich und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

S. Str.

Silvia Strüßmann

1 Anlage

<u>Noch einmal als Zwischenfazit bis zu dieser Stelle:</u> Hier hat also jemand im **Jahre 2010** fast exakt (mit **ganz leichten** Korrekturen) das gleiche Anliegen an die Stadt Lage gerichtet, das bereits im **Jahre 2006** einmal an die Stadt Lage gerichtet worden und das damals inhaltlich strikt abgelehnt worden war.

**Das macht man nicht „einfach so“.**

3) Als interessanten Vergleich zeigen wir Ihnen auch noch das plötzlich wie aus dem Nichts (aber natürlich genau passend) auftauchende und oben bereits erwähnte Schreiben der Besitzerin der nebenan liegenden Pferdeweide.

Selbstverständlich wäre und war es für die Durchsetzung eines neuen Baugebietes im Außenbereich außerordentlich hilfreich, wenn diese Pferdeweide, die zwischen dem letzten Haus und der Pferdeweide von Frau Strüßmann lag und damit eine „Baulücke“ verursacht hätte, auch mit einbezogen werden könnte. Die Besitzerin dieser für eine

Bebauung notwendigen Pferdeweide war allerdings nach Schleswig-Holstein gezogen und wusste eigentlich gar nicht Bescheid.

Die Verwaltung jedoch hatte ihr Wiesengrundstück ja schon am **28.7.2010** ganz direkt in ihre Vorplanung mit einbezogen (siehe dazu unsere Bemerkungen und die Auszüge weiter oben!) – **zu diesem Zeitpunkt gab es noch gar keine „*Interessensbekundung*“ der Besitzerin dieser zweiten Pferdeweide, aber ihre Wiese war schon als Bauland verplant.**

Herr Paulussen aber hat uns, als wir bei unserer Akteneinsicht im Dezember 2012 keine weiteren Unterlagen über einen Schriftverkehr mit der Besitzerin aus Schleswig-Holstein fanden, mündlich mitgeteilt, die Stadt Lage habe nie einen direkten Kontakt mit dieser Besitzerin gehabt, das sei alles über Frau Strüßmann gelaufen. Daher gebe es keine weiteren Unterlagen bei der Stadt.

Neben allen anderen sehr merkwürdigen Aspekten, die diese Aussage enthält, muss man sich vor allem eins fragen:

Wie kann eine städtische Verwaltung eine Pferdewiese als Bauland einplanen und diese konkreten Pläne (mit denen sie sogar schon zur Bezirksregierung geht!) den politischen Gremien vorlegen, ohne dass sie bisher einen einzigen Kontakt zu der Besitzerin dieser Pferdewiese hatte und ohne dass sie die Politik darüber informiert, dass es bisher keinerlei Kontakte gegeben habe?

Kaum zu glauben, oder? Aber es war tatsächlich so.

Wir haben oben bereits gefragt, **wie** es wohl dazu kam, dass **genau zu diesem Zeitpunkt** auch diese Besitzerin ganz plötzlich eine Bauvoranfrage stellte (in der man nach unserer Ansicht bei genauem Hinsehen auch Ähnlichkeiten zu anderen Anfragen feststellen kann …).

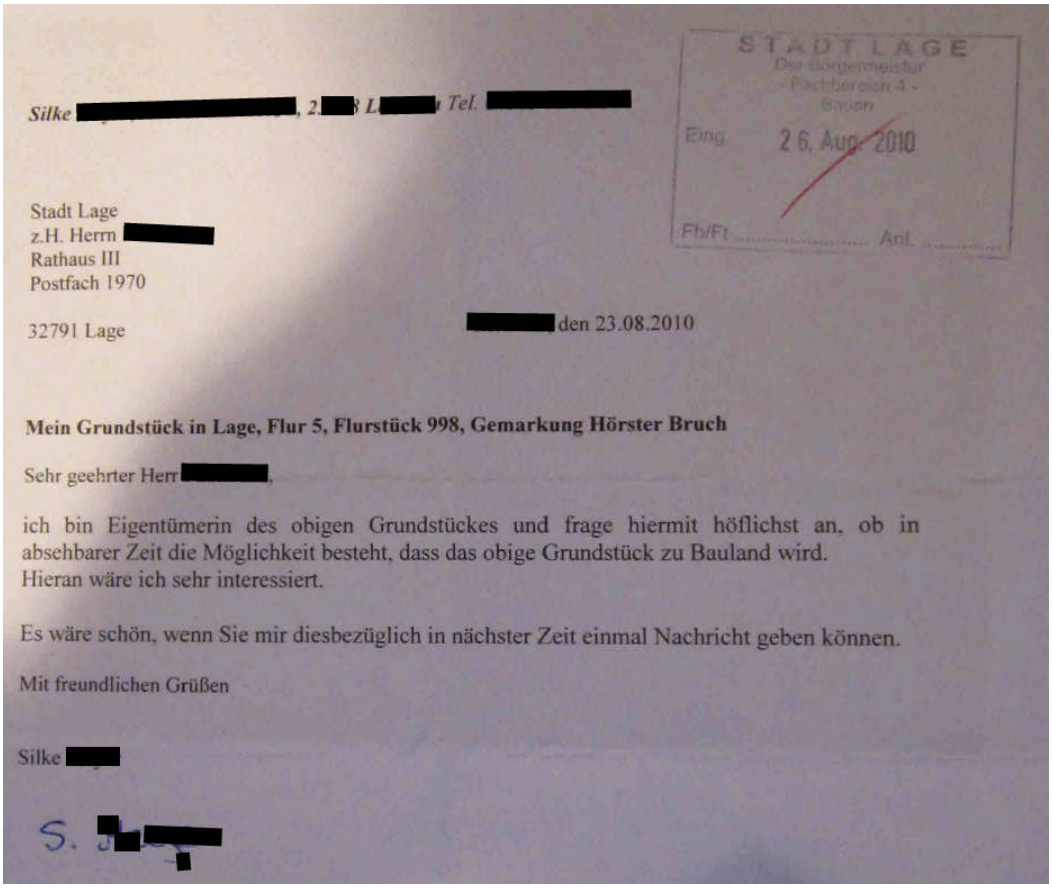
Wir zeigen Ihnen im Folgenden die Bauvoranfrage dieser Frau. Da über sie bisher noch nichts Näheres in der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden ist und es auch kein offizielles Einverständnis gibt, müssen wir hier wichtige Passagen schwärzen. Das ändert aber nichts daran, dass man einige überraschende Parallelen noch gut erkennen kann. Die Schlüsse, die man daraus ziehen könnte, überlassen wir Ihnen.

Hier also das von der Stadt und von Frau Strüßmann im Sinne der Durchsetzung ihrer Bauinteressen so erwünschte Schreiben aus Schleswig-Holstein, das dann genau zum richtigen Zeitpunkt vorhanden war, nur 3 Monate nach dem Schreiben von Frau Strüßmann und **etwas über eine Woche vor der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 2.9.10, in dem bereits über alles berichtet wurde, auch über dieses Schreiben, und in dem dieses Schreiben bereits fest mit „eingeplant“ war, weil schon am 28.7.2010 ihre Wiese in den Plänen zu Bauland geworden war:**

[redacted]. Des Weiteren liegt eine Interessensbekundung zur Umwandlung in Bauland des nördlich angrenzenden Flurstücks 998 seitens der Eigentümerin vor.

(Auszug aus dem Protokoll des Bau- und Planungsausschusses vom 2.9.2010)

Das ist das Schreiben:



*Silke* [redacted], 2[redacted]3 L[redacted] *Tel.* [redacted]

STADT LAGE
Der Bürgermeister
- Fachbereich 4 -
Bauen
Eing. 26. Aug. 2010
Fb/Ft ..... Anl. .....

Stadt Lage
z.H. Herrn [redacted]
Rathaus III
Postfach 1970

32791 Lage

[redacted] den 23.08.2010

**Mein Grundstück in Lage, Flur 5, Flurstück 998, Gemarkung Hörster Bruch**

Sehr geehrter Herr [redacted],

ich bin Eigentümerin des obigen Grundstückes und frage hiermit höflichst an, ob in absehbarer Zeit die Möglichkeit besteht, dass das obige Grundstück zu Bauland wird.
Hieran wäre ich sehr interessiert.

Es wäre schön, wenn Sie mir diesbezüglich in nächster Zeit einmal Nachricht geben können.

Mit freundlichen Grüßen

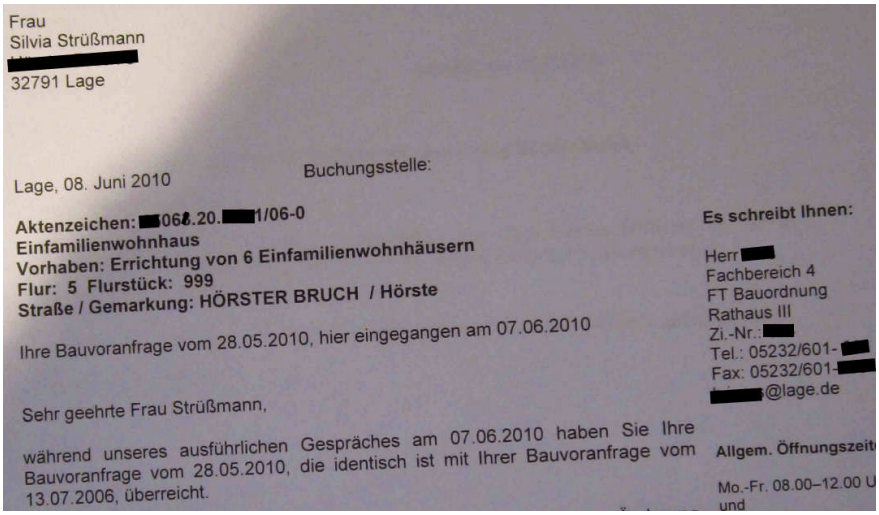
Silke [redacted]

S. [redacted]

Passte bei diesem Timing nicht alles zauberhaft zusammen? Oder kommt Ihnen daran etwas merkwürdig vor? Aber es ist ja noch nicht zu Ende.

4) Wir hatten nämlich oben auch noch angekündigt, Ihnen den Beleg dafür zu liefern, dass es im Zusammenhang mit der erneuten Bauvoranfrage ausführliche Gespräche zwischen der Stadt Lage und Frau Strüßmann gegeben hat, und zwar mindestens einmal, nämlich am 7.6.2010 anlässlich der Überreichung der erneuten Bauvoranfrage mit dem Datum vom 28.5.2010.

Hier zuerst einmal der Beleg, ein Schreiben der Stadt vom 8.6.2010 an Frau Strüßmann:



Frau
Silvia Strüßmann
[redacted]
32791 Lage

Lage, 08. Juni 2010

Buchungsstelle:

**Aktenzeichen: [redacted]06[redacted].20.[redacted]1/06-0**
**Einfamilienwohnhaus**
**Vorhaben: Errichtung von 6 Einfamilienwohnhäusern**
**Flur: 5 Flurstück: 999**
**Straße / Gemarkung: HÖRSTER BRUCH / Hörste**

**Es schreibt Ihnen:**

Herr [redacted]
Fachbereich 4
FT Bauordnung
Rathaus III
Zi.-Nr.: [redacted]
Tel.: 05232/601-[redacted]
Fax: 05232/601-[redacted]
[redacted]@lage.de

Ihre Bauvoranfrage vom 28.05.2010, hier eingegangen am 07.06.2010

Sehr geehrte Frau Strüßmann,

während unseres ausführlichen Gespräches am 07.06.2010 haben Sie Ihre Bauvoranfrage vom 28.05.2010, die identisch ist mit Ihrer Bauvoranfrage vom 13.07.2006, überreicht.

**Allgem. Öffnungszeit**

Mo.-Fr. 08.00–12.00 U
und

„*Während unseres ausführlichen Gesprächs am 07.06.2010 …*“!

Auch hier müssen wir noch einmal kurz innehalten, um zum wiederholten Male etwas zu betonen:

Es handelt sich um **die gleiche Bauvoranfrage, die nur vier Jahre vorher radikal abgelehnt und mit Pauken und Trompeten durchgefallen war**! Und bei den äußeren Umständen hatte sich seitdem im Sinne einer jetzt evtl. möglichen positiven Beurteilung nichts verändert - es ging weiterhin und immer noch um ein nicht genehmigungsfähiges Bauen im Außenbereich! Die erwartbare und völlig normale (und in allen anderen Situationen auch ganz sicher verwirklichte) Reaktion der Stadtverwaltung wäre gewesen, das Schreiben anzunehmen, zur Kenntnis zu nehmen und eine Absage zu erteilen.

In der bereits mehrfach zitierten Vorlage für den Bau- und Planungsausschuss am 2.9.2010 wurde das von der Bauverwaltung auch – auf den ersten Blick völlig korrekt – ganz deutlich so gesehen.

**Sachstandsbericht Entwicklung Hörster Bruch – Bereich Reithalle/ Tennishalle**
Bau- und Planungsausschuss 02.09.2010

Mit dem als Anlage 1 beigefügten Schreiben stellt Frau Silvia Strüßmann eine Bauvoranfrage für die Bebauung ihres Grundstücks in Hörste Flur 5 Flurstück 999. Das Grundstück befindet sich im bauplanungsrechtlichen Außenbereich. Eine Genehmigung kann nicht in Aussicht gestellt werden. [redacted]

„*Eine Genehmigung kann nicht in Aussicht gestellt werden*“ - wie gesagt, genau so war es korrekt, und das wäre es eigentlich gewesen mit der erneuten Bauvoranfrage. Eigentlich!

Denn in Wahrheit lief es hier, wie bekannt, völlig anders. Sehr ungewöhnlich war ja bereits, dass angesichts einer eigentlich völlig aussichtslosen Situation noch ein ausführliches Gespräch geführt wurde. Wenn sich herausgestellt hätte, dass die Verwaltung sehr bürgerfreundlich in diesem Gespräch noch einmal die Ablehnung und die Ablehnungsgründe verdeutlicht hätte, hätte ein solches Gespräch möglicherweise noch einen gewissen Sinn ergeben.

In **diesem** Gespräch allerdings wurden nicht die Ablehnungsgründe erläutert, und das Ergebnis dieses Gespräches war nicht etwa eine Ablehnung! Sondern des Ergebnis des Gespräches war, man glaubt es auch hier kaum, die Zusage für den Versuch, „*die Genehmigungsfähigkeit herzustellen*“ – für ein Neubaugebiet im Außenbereich:

Um die Genehmigungsfähigkeit herzustellen, bedarf es zunächst einer Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung eines Bebauungsplanes.

(weiterer Auszug aus dem obigen Schreiben der Verwaltung vom 8.6.2010 an Frau Strüßmann)

Das war aber nicht alles – es gibt immer noch eine Steigerung, auch wenn man es kaum noch für möglich hält.

Im nächsten Absatz des gleichen Schreibens heißt es nämlich:

Ich werte deshalb Ihr als Bauvoranfrage tituliertes Schreiben vom 28.05.2010 als Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes. Ihren Antrag werde ich den politschen Gremien des Rates der Stadt Lage vorstellen und Sie über das Verfahren weiter informieren.

Ist **das** ein städtischer Service oder nicht?

**Eigentlich** ist hier **nichts** genehmigungsfähig. Aber halt, die Verwaltung hat da doch noch einmal nachgedacht! Schließlich ist ihr, wie natürlich immer, keine Anstrengung zu groß, um die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen:

Wenn man eine „*Änderung des Flächennutzungsplanes*“ und die „*Aufstellung eines Bebauungsplanes*“ hinbekommen könnte, wäre es vielleicht möglich, „*die Genehmigungsfähigkeit herzustellen*“.

Bewerten wir also, so die Verwaltung, die Bauvoranfrage einfach mal nur als ein „*als Bauvoranfrage tituliertes Schreiben*“, da die Bürgerin wahrscheinlich von den Hintergründen nicht so viel Ahnung und daher ihr Schreiben falsch ‚tituliert‘ hatte. Und dann werten wir es sicherheitshalber auch gleich ganz um, obwohl die Bürgerin davon nichts geschrieben hatte: „*Ich werte … Ihr als Bauvoranfrage tituliertes Schreiben … als Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes*“.

So macht man das, wenn Bürger offenbar keine Ahnung haben, man ihnen doch aber so gern helfen will: Man wertet ihr Schreiben ganz einfach um, alles nur, „*um die Genehmigungsfähigkeit herzustellen*“ – „ganz zufällig“ allerdings für ein Gebiet in einem Außenbereich, das eigentlich (**eigentlich!**) nicht genehmigungsfähig ist und war. Aber wo sich die Bürgerin doch schon einmal die Mühe gemacht hatte, ihre Bauvoranfrage jetzt zum zweiten Mal zu stellen, muss sich eine Verwaltung doch schließlich etwas Mühe geben …

So ähnlich steht es dann auch in dem oben bereits erwähnten „*Sachstandsbericht*“ für den Bau- und Planungsausschuss vom 2.9.2010, wobei hier dann schon relativ deutlich wird, wie sehr die **beiden Vorhaben**, nämlich das **private** (Umwandlung der Pferdewiesen in Bauland) und das **städtische** (Umwandlung des Grundstücks der alten Tennishalle in Bauland) in völlig undurchsichtiger Weise miteinander verkoppelt werden und ganz offensichtlich seit langer Zeit miteinander verkoppelt waren.

Hier allerdings tut man so, als sei die „ganz zufällig“ eingegangene erneute Bauvoranfrage von Frau Strüßmann der ideale Anlass für einen Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans gewesen, den die Stadt sowieso die gesamte Zeit über vorgehabt habe, um „*Überlegungen zu einer baulichen Entwicklung in diesem Bereich*“ (im Außenbereich!) abzuschließen – von denen in Wahrheit öffentlich bis hierhin nie die Rede war:

Im Zusammenhang mit der Verwertung des im Eigentum der Stadt Lage befindlichen Grundstücks der ehemaligen Tennishalle können Überlegungen zu einer baulichen Entwicklung in diesem Bereich angestellt werden. Dafür wären jedoch die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich.

Deshalb ist Frau Strüßmann mitgeteilt worden, dass ihre Bauvoranfrage als Antrag zur Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung eines Bebauungsplans gewertet und den Ratsgremien vorgestellt wird (siehe Anlage 2).

Welche Bürgerin und welcher Bürger würde in anderen Situationen von solch einem Entgegenkommen nicht träumen? In anderen Situationen …

Leider müssen wir zum heutigen Schluss **noch einen** Wermutstropfen servieren.

In dem „*Sachstandsbericht*“ für den Bau- und Planungsausschuss am 2.9.2010 fehlt etwas sehr Wichtiges - nämlich das hier, was im Antwortschreiben an Frau Strüßmann stand und was der Verwaltung absolut bekannt war:

Sehr geehrte Frau Strüßmann,

während unseres ausführlichen Gespräches am 07.06.2010 haben Sie Ihre Bauvoranfrage vom 28.05.2010, die identisch ist mit Ihrer Bauvoranfrage vom 13.07.2006, überreicht.

Es fehlt also, „ganz zufällig“, die Mitteilung an die am Ende entscheidenden und verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, **dass die am 2.9.2010 bekannt gegebene Bauvoranfrage identisch ist mit einer Bauvoranfrage vom 13.7.2006**!

Das heißt: Die entscheidenden Politikerinnen und Politiker **haben gar nicht mitgeteilt bekommen, dass es bereits eine erste (identische!) Bauvoranfrage vier Jahre vorher gegeben hatte**, **und sie haben auch nicht mitgeteilt bekommen, dass diese Bauvoranfrage strikt und eindeutig abgelehnt worden war (nicht genehmigungsfähiges Bauen im Außenbereich)**.

Die Politik ist also davon ausgegangen, es gebe hier eine ganz normale Bauvoranfrage, die zudem richtungsgleich sei mit sich aktuell ergebenden städtischen Interessen an der alten Tennishalle in Hörste und bei der „ganz normal“ zum ersten Mal eine mögliche Genehmigungsfähigkeit zu prüfen sei. Und da doch die Verwaltung bereits bei der Bezirksregierung angefragt und positive Signale bekommen hatte, war natürlich ein erheblicher Teil der Politikerinnen und Politiker spontan der Meinung, das sei ja alles völlig in Ordnung und dann vielleicht ja auch sogar machbar. Und **genau so** sollte es wohl auch laufen in diesem Planspiel.

Was meinen Sie: Ist eine solche Unterlassung der Verwaltung noch ein einfacher Lapsus, also ein schlichtes Versehen?

Oder zählt man so etwas bereits zum Bereich „gezielte Fehlinformation an die verantwortlichen politischen Gremien“? Und müsste das in diesem Fall dann auch noch juristische Konsequenzen haben?

Wir jedenfalls sind mit diesem Aspekt noch nicht durch.

Zum Schluss unseres heutigen Beitrages:

Sie wissen, dass es bei der Bauvoranfrage von Frau Strüßmann um Schaffung von Neubaugebieten und „*Wohnraum*“ ging.

Wir möchten Ihnen daher – ohne weiteren Kommentar - noch einen Auszug aus einem Artikel zeigen, den die parlamentarische Staatssekretärin Gudrun Kopp, die Schwägerin von Frau Strüßmann, am 10.2.2011 im Postillon veröffentlichte:

Naturraum, Wiesen, Felder und Waldgebiete sind ein wichtiges Markenzeichen für den „Luftkurort" Hörste aber um diesen Status halten zu können und sich fit zu machen für zukünftige Entwicklungen sind Einwohner – vor allem auch Neuzugänge und geeigneter Wohnraum unerlässlich.